



KW 43/2022

Unser Geld Unsere Vorsorge



FOTO: EMPICS/SHUTTERSTOCK.COM

„Das Bargeld wird sicher

Der Bankensprecher der Wirtschaftskammer NÖ, Reinhard Karl, über die stabile Branche,

Von **Walter Fahrnberger**

NÖN: Die Banken haben die Corona-Krise relativ gut überstanden. Danach folgte mit der Energiekrise samt hoher Inflation gleich die nächste Krise. Wie geht es der Branche aktuell?

Reinhard Karl: Die aktuellen Zahlen der Österreichischen Nationalbank (OeNB) zeigen, dass der niederösterreichische Bankensektor im Vergleich zum österreichischen Bankensektor nach wie vor eine höhere Effizienz aufweist. Sowohl im Bereich der Cost-Income-Ratio als auch im Betriebsergebnis zur Bilanzsumme liegen wir im Österreichschnitt vorne. Wir sehen in der Wirtschaft einen leichten Anstieg bei den Insolvenzen, jedoch sind die Risikokosten im laufenden Jahr sehr stabil. Die sogenannte „non-performing loan ratio“ (Anm.: die Zahl der Schuldner, die sich im Schuldenverzug befinden) liegt immer noch deutlich unter fünf Prozent, in Niederösterreich konkret bei 1,5 Prozent.

Allgemein geht es der heimischen Wirtschaft aufgrund der aktuellen Herausforderungen also nicht mehr ganz so gut.

Karl: Die Pandemie wird uns zwar noch weiter beschäftigen, aber vor allem das Thema Arbeitskräftemangel ist ein massives. In Österreich ist die Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand und die Unternehmen suchen Arbeitskräfte. Eine weitere Herausforderung ist die Lieferkettenthematik, die durch die Auswirkungen des Russland-Ukraine Krieges abgelöst worden ist, insbesondere im Energiekostenbereich. Das ist im Moment die größte Herausforderung, die wir sowohl im privaten als auch im Unternehmensbereich stemmen müssen. Nach den Hilfen der Regierung wird es auch im Bankensektor die Herausforderung sein, die Unternehmen entsprechend zu begleiten. Konkret geht es darum zu schauen,

ob die Liquidität passt und wie die Banken vorausschauend die niederösterreichische Wirtschaft unterstützen können.

In der NÖ Kredit- und Versicherungswirtschaft arbeiten etwas mehr als 11.000 Personen. Trifft der Arbeitskräftemangel auch diese Branche?

Karl: Trotz regionaler Unterschiede suchen auch wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben mit der Kampagne „So geht Zukunft“ (www.sogeh-zukunft.at) eine Initiative gestartet, um jungen Menschen aufzuzeigen, dass Banken und Versicherungen in Niederösterreich ein attraktiver Arbeitgeber sind und dass wir zukunftssichere sowie vielfältige Arbeitsplätze bieten. Man hat immer das Bild des Kassenmitarbeiters im Kopf. Aber das Spektrum an Einsatzmöglichkeiten reicht vom Controlling über den Wertpapierspezialisten und den Buchhalter bis zum Bilanzierungsspezialisten. Ich glaube, dass es nach wie vor eine gute Entscheidung ist für einen jungen Menschen eine Ausbildung in der Bank oder im Versicherungsbereich zu beginnen.

Welche Klientel sprechen Sie mit der Kampagne an?

Karl: Vor allem die Jugend. Bei dieser Aktion versuchen wir über Authentizität und direkte Kommunikation von jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen, die bei uns arbeiten, Einblicke in unsere Arbeitswelt zu geben und in Youtube-Videos, Instagram-Sequenzen und auf Facebook das Erlebnis des Arbeitens und die vielen Möglichkeiten zu transportieren. Die Aktion läuft noch bis Jänner.

Wie kommt man dann zu den Personen?

Karl: Wenn ein potenzieller Mitarbeiter diese Kampagne attraktiv findet und sich bewerben will, landet er auf einem Jobportal, das offene Stellen regionalisiert ausweist, sodass jeder Interessent Jobangebote von Banken oder Versicherungen aus seiner Region bekommt. Ich denke, man muss in der Rekrutierung diese neuen Wege gehen, um junge Menschen für Jobs im Bank- oder Versicherungsbereich zu interessieren.

Heuer haben 530.000 Personen in Österreich das Volksbegehren zur uneingeschränkten Bargeldzahlung unterzeichnet. Hat Sie der Zuspruch überrascht?

Karl: Österreich ist traditionell ein Land mit hoher Bargeldaffinität. Was wir in den letzten Jahren, vor allem in der Pandemie gesehen haben, ist, dass die Nutzung der digitalen Varianten, also Online-Banking oder Zahlen per Karte, deutlich zugenommen hat. Der Trend geht in diese Richtung, aber in Österreich wird das Bargeld sicher nicht abgeschafft werden. Auch hat die Bargeldversorgung in Österreich immer sehr gut funktioniert, auch in schwierigen Zeiten der Pandemie. Ein Grund dafür ist auch die hohe Dichte an Bankomaten und Banken.

Die Zinsen sind zuletzt als Gegenmaßnahme zur Inflation gestiegen und steigen weiter. Heuer ist auch die neue Kreditvergabeverordnung dazugekommen. Merken Sie schon einen Rückgang bei den Krediten?

Karl: Wir hatten bis zum Ende des zweiten Quartals eine sehr gute Nachfrage im Kreditgeschäft und im Immobilienge-

schäft. Jetzt sind es drei Faktoren, die einen dämpfenden Effekt haben. Einerseits die Entwicklung der Baupreise im Zuge der Lieferketten-Thematik und der damit verbundenen Baukostenpreissteigerung. Das Zweite sind die steigenden Zinsen, die in den vergangenen Jahren kein Ausschlusskriterium waren. Das Dritte ist in manchen Bereichen die KIM, also die Verordnung, die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung. Der europäische Ausschuss für Systemrisiken hat ja in Europa schon einige Zeit lang vor systemischen Risiken durch sehr starkes Immobilienkredit-Hamstern gewarnt. In Österreich wurde nun die gesetzliche Grundlage geschaffen, um der Finanzmarktaufsicht die Möglichkeit zu geben, über eine Verordnung auch regulierend einzugreifen. Davor waren dies nur Empfehlungen. Das heißt: Eine Beleihungsquote von 90 Prozent, die Kreditrate darf nicht mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen und die Kreditlaufzeit beträgt maximal 35 Jahre.

Wo sind großen die Herausforderungen bei der neuen Regelung?

Karl: Die Herausforderungen liegen ganz klar in der Zwischenfinanzierung. Und hier wünsche ich mir gemeinsam mit der Aufsicht auch eine Evaluierung. Also, wenn ich meine alte Wohnung noch nicht verkauft habe, aber die neue schon finanzieren muss, kann das schwierig werden. Der zweite Teil betrifft vor allem die jungen Familien. Die stehen praktisch am Beginn des Berufslebens am unteren Ende der Einkommensschiene und haben eine Perspektive auf ein Wachstum im Haushaltseinkommen. Im Moment verhindert man aber den Eigentumsaufbau im Jungfamilienbereich. Das Land NÖ hat hier allerdings eine Unterstützung für den erstmaligen Eigentumserwerb in NÖ angekündigt, damit die not-

Die Nutzung von Online-Banking und Zahlen per Karte hat deutlich zugenommen.

Reinhard Karl, WKNÖ-Obmann Sparte Bank und Versicherung

nicht abgeschafft“

den Arbeitskräftemangel, die neuen Kreditvergaberegeln und den Trend zum E-Banking.



„Mehr als die Hälfte der Zinsbindungen bei Wohnbaukrediten ist fix. Diese Personen haben keine Veränderung zu erwarten“, gibt Reinhard Karl, Bankensprecher der Wirtschaftskammer NÖ, Entwarnung für jeden zweiten Kreditnehmer.

Foto: Eva Kelety

wendigen Eigenmittelquoten erreicht werden können. Ich glaube, das ist der richtige Weg, weil sonst kommen wir weg vom Eigentum hin in eine Mietgesellschaft und dass sollte nicht unser gesellschaftliches Ziel sein. Insofern sehen wir aktuell bei der Kreditnachfrage bei den privaten Immobilienfinanzierungen einen Rückgang im dritten Quartal und im beginnenden vierten Quartal. Im Unternehmensbereich ist im heurigen Jahr die Nachfrage sehr gut gewesen.

Werden die höheren Zinsen für private Kreditnehmer Folgen haben?

Karl: Positiv ist, dass laut OeNB-

Statistik über die Hälfte der Zinsbindungen bei Wohnbaukrediten fix ist. Diese Personen haben keine Veränderung zu erwarten.

Fürchten Sie langfristig einen Rückgang der Nachfrage nach Immobilien?

Karl: Die Nachfrage nach Immobilien ist nach wie vor ungebrochen. Vor allem auch, weil jetzt das Homeoffice in weiten Bereichen institutionalisiert wurde. Das sehen wir gerade im Speckgürtel um Wien, aber auch darüber hinaus. Wenn ich nur zwei Tage pro Woche im Büro präsent sein muss, nimmt man für diese Präsenztage auch eine längere Anreise in Kauf. Einen Gar-

ten zu haben, im Grünen zu sein und sich auch ein etwas größeres Objekt leisten zu können zeigt, dass gerade Niederösterreich auch weiterhin ein sehr attraktiver Platz zum Wohnen ist – und das nicht nur im Speckgürtel rund um Wien, sondern auch darüber hinaus.

Gerade in den ländlichen Regionen sind die regionalen Banken fest im gesellschaftlichen Leben verankert. Hat sich diese Verbundenheit in den Krisenzeiten verringert?

Karl: Diese Kreditinstitute sind in den Bereichen Karitatives, Kunst, Kultur, Sport als Sponsoren ungebrochen aktiv. 2021 wurden trotz Pandemie über

8,5 Millionen Euro dafür ausgegeben. Dabei geht mit über zwei Millionen Euro der größte Teil zu Kunst, Kultur und Brauchtum, zu Kommunales, Infrastruktur und Sicherheit 1,3 Millionen und dann kommt schon der Sport mit 1,27 Millionen. Über 1,1 Millionen Euro fließen in den Bereich Karitatives und Soziales, der Rest geht zu Bildung, Wissenschaft, Forschung sowie Umwelt und Jugend. Das sind ausschließlich Ausgaben der Kreditinstitute für genau diese Zwecke. Das macht keine Digitalbank und auch keine überregionale Bank in diesem Ausmaß. Zum Glück haben wir in NÖ einen starken regional organisierten Bankensektor.

Impressum: Sonderprodukt der NÖN – Unabhängige Wochenzeitung für Niederösterreich – in entgeltlicher Kooperation mit der Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Niederösterreich. Medieninhaber: Niederösterreichisches Pressehaus Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H.; Geschäftsführung: Mag. Michael Ausserer. Chefredakteure: Mag. Walter Fahrnberger, Dr. Daniel Lohninger. Herausgeber: Sonja Planitzer, Dkfm. Herbert Binder. Medieninhaberin-, Redaktions-, Verwaltungs- und Herausgeberadresse: 3100 St. Pölten, Gutenbergstraße 12. Hersteller/Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereiges.m.b.H. & Co. KG, 1230 Wien, Richard-Strauss-Straße 16. Redaktion: chefredaktion@noen.at; Vertrieb: Telefon: 0 50 8021-1802, E-Mail: abo@noen.at; Anzeigen: anzeigen@noen.at (für Raumanzeigen), kleinanzeigen@noen.at (für Wortanzeigen). Mitglied des VÖZ. Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet. Art-Copyright: VBK/Wien. Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen gem. § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz, sind vorbehalten. Das Impressum und die Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz sind unter www.noen.at/impressum ständig abrufbar.



Foto: Shutterstock.com/Romolo Tavani

EU-Taxonomie: Challenge und Chance

Durch den European Green Deal sollen Finanzströme hin zu nachhaltigeren Projekten gelenkt werden. Um Etikettenschwindel bei der Nachhaltigkeit zu unterbinden, wurde die Taxonomie-Verordnung erlassen.

Von Gaby Schätzle

„Die regulatorischen Anforderungen an die Unternehmen sind hoch, Großunternehmen haben Mitarbeitende in dem Bereich ausgebildet bzw. neu angestellt, die Beratungsbranche boomt. Das große Thema ist die Datenverfügbarkeit“, weiß Markus Hoskovec, Abteilungsleiter Internationale Beziehungen, Analysen & Nachhaltigkeit bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG (OeKB), über die Umsetzung der Taxonomie-Verordnung in der Praxis.

„Derzeit müssen die Groß- und Finanzunternehmen, welche schon der NFRD (Non Financial Reporting Directive) unterliegen, nur berichten, inwieweit ihre Wirtschaftstätigkeiten taxonomiefähig sind, das heißt, ob sie grundsätzlich ‚grün‘ sein könnten. Ab nächstem Jahr wird dann noch viel genauer zu berichten sein, ob die technischen Kriterien für ‚grün‘ auch tatsächlich eingehalten werden“,



Markus Hoskovec, Abteilungsleiter Internationale Beziehungen, Analysen & Nachhaltigkeit bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG (OeKB)
Foto: OeKB/Christina Häusler

blickt Hoskovec in die Zukunft. „Ohne externe Beratung und

IT-Unterstützung ist das für die Unternehmen kaum bewältigbar.“

Auch die Banken sehen sich mit diesem Thema konfrontiert, für sie sind die Herausforderungen noch größer: Aufgrund verschiedener Regelungen benötigen die Banken mehr Nachhaltigkeitsdaten über die Unternehmen, als diese veröffentlichen müssen. Hoskovec erläutert: „Um die Datenverfügbarkeit für Banken und Unternehmen zu erleichtern, haben wir unseren OeKB > ESG Data Hub entwickelt.“ (Anmerkung: ESG steht für Environmental, Social and Governance.)

Mit dieser IT-Lösung können Unternehmen derzeit kostenlos standardisierte Fragebögen (für KMU gibt es eine Kurzversion) mit ihren Nachhaltigkeitsdaten befüllen und dann entscheiden, welchen Banken sie die Daten freigeben möchten. Die ausgewählten Banken können die Fragebögen dann über eine IT-Schnittstelle automatisch in ihre

Systeme laden und weiterverarbeiten.

Die Unternehmen ersparen sich dadurch das mehrfache Ausfüllen von Fragebögen für verschiedene Banken, denn der OeKB > ESG Data Hub wurde gemeinsam mit mehreren österreichischen Banken und Unternehmen entwickelt und hat das Potenzial, österreichischer Standard zu werden.

Hoskovec dazu: „Die Idee des European Green Deal ist es, Transparenz zu schaffen und durch das Einpreisen von ESG-Risiken die Finanzströme zu den grünen Projekten umzulenken. Dieser Vorgang ist noch nicht abgeschlossen. Mit unserem ESG Data Hub wird es ein Stück leichter.“

Informationen

Datenverfügbarkeit für Banken und Unternehmen:
OeKB > ESG Data Hub
(<https://oekb-esgdatahub.com>)

„Der Druck auf die Betriebe steigt immer mehr“

WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker plädiert dafür, dass Projekte von Unternehmen zur Energieversorgung rasch, unbürokratisch und rechtssicher durchgeführt werden müssen.

Von Christiane Buchecker

NÖN: Wie ist die aktuelle Stimmung bei den Unternehmerinnen und Unternehmern in Niederösterreich? Wie sehen die Prognosen aus?

Wolfgang Ecker: Viele unserer Betriebe müssen noch die Auswirkungen der Pandemie verkraften. Gleichzeitig schlagen die Folgen des russischen Krieges in der Ukraine sowie Teuerung, unsichere Lieferketten und die Energiekrise voll auf die Unternehmen durch. Der Druck auf die Betriebe steigt immer mehr, wie das aktuelle WKNÖ-Wirtschaftsbarometer bestätigt. Schon 40 Prozent rechnen mit sinkenden Investitionen und nur 16 Prozent sehen steigende Investitionen. Bei jenen Betrieben, die in den nächsten zwölf Monaten Investitionen planen, liegen Investitionen in Ökologie und Nachhaltigkeit ganz vorne. Sieben von zehn investierenden Unternehmen werden in diesem Bereich aktiv. Das zeigt, wie sehr sich die Betriebe im Bereich erneuerbarer Energien jetzt und in Zukunft engagieren. Das heißt aber auch, dass man ihnen dabei nicht Steine in den Weg legen darf. Projekte zur Energieversorgung müssen rasch, unbürokratisch und rechtssicher durchgeführt werden können und dürfen nicht durch überlange Verfahren blockiert werden.

Wie schwer trifft die Banken und Versicherungen die teure Energie?

Ecker: Von den hohen Preisen sind alle Branchen betroffen, auch unsere Banken und Versicherungen. Mit produzierenden Betrieben ist dies zwar nicht zu vergleichen, dennoch trifft auch sie die Teuerung. Gleichzeitig

unternehmen sie, wie schon bei der Corona-Pandemie, auch bei der Energiekrise alles, um die Liquidität der Unternehmen am Laufen zu halten. Kurzum: Die Banken sind die Partner unserer Unternehmerinnen und Unternehmer!

Auch Fachkräfte sind derzeit leider schwer zu finden, auch bei den Banken?

Ecker: Auch hier sehen wir einen großen Bedarf an Fachkräften, wie auch in allen anderen Branchen. Die Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer NÖ hat daher die Kampagne www.sogehztukunft.at ins Leben gerufen. Diese breite und jugendlich-frische Kampagne der niederösterreichischen Banken und Versicherungen läuft auf vollen Touren. Die Testimonials in den Sujets der Kampagne sind junge niederösterreichische Beschäftigte aus der Branche. Sie machen Lust auf die vielfältigen Möglichkeiten und Karrierechancen.

Die Banken und Versicherungen sind Vorreiter im Bereich Digitalisierung. Wie weit ist die Digitalisierung in der niederösterreichischen Wirtschaft fortgeschritten?

Ecker: An der Digitalisierung führt kein Weg vorbei. Das wissen auch unsere Unternehmen, bestätigt eine aktuelle Befragung von Betrieben aller Größen und Branchen. Für 71 Prozent ist Digitalisierung bereits eine Selbstverständlichkeit. Besonders erfreulich ist, dass sich 81 Prozent sicher sind, mit digitalen Lösungen ihre Effizienz und Produktivität verbessern zu können. Das bringt Wettbewerbsvorteile und steigende Kosten können abgedefert werden. Einen guten Überblick über



„Die Sparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer NÖ hat die Kampagne www.sogehztukunft.at ins Leben gerufen. Sie soll Jugendlichen Lust auf eine Lehre machen“, so WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker.

Foto: Rita Newman

aktuelle Trends und technologische Entwicklungen bietet die Innovationmap der Wirtschaftskammern. Verlinkt auf der Website unserer Technologie- und InnovationsPartner NÖ (www.tip-noe.at) zeigt diese interaktive Landkarte 105 Techno-

logien, die bis 2035 wichtige Branchen beeinflussen und prägen werden. Ich empfehle außerdem das Weiterbildungsangebot unseres WIFI, rund 1.000 Kurse werden mittlerweile im Bereich Digitalisierung angeboten!

„Finanzbildung hilft, die

Um alltägliche finanzielle Entscheidungen nicht erst in die Schuldenfalle zu tappen,

Von **Sophie Kronberger**

Wie funktioniert eigentlich eine Bank, was ist ein Girokonto und muss ich beim Bausparer gleich ein Haus bauen? Diese Fragen kommen immer wieder auf und das nicht nur bei jungen Menschen, sondern in der Gesamtbevölkerung. „Das Wissen vieler Österreicher zu finanziellen Themen bleibt an der Oberfläche“, meint Bettina Fuhrmann, Leiterin des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie forscht seit vielen Jahren zu Finanz- und Wirtschaftsbildung und weiß: „Da ist noch viel Luft nach oben.“

Bei Fragen zu Inflation sind rund 30 Prozent der Befragten ratlos, bei Fragen zu Wechselkursen sind es sogar 50 Prozent. Beim Bereich Schulden ist vielen nicht bewusst, dass das Überziehen des Kontos auch ein Kredit ist. Die Österreicher wissen zwar größtenteils, was Zinsen sind, aber was Zinseszinsen sind, wissen viele nicht und können sich auch nichts vorstellen. Und das mangelnde Wissen der Österreicher hat gravierende Auswirkungen. Seit Jahren steigt die Zahl der Schuldner, auch die Anzahl der jungen Menschen unter 30, die eine Schuldnerberatung in Anspruch nehmen, wird immer mehr. Um dem entgegenzuwirken, ist Finanzbildung unumgänglich.

Bei Finanzbildung geht es darum, Wissen sowie bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten zu haben, um die finanziellen Herausforderungen im Alltag meistern zu können. Es geht aber auch darum, die Hintergründe zu verstehen. „Finanzbildung hilft, die Welt, in der wir leben, besser zu verstehen“, meint Professorin Bettina Fuhrmann. Denn die Welt wird immer komplizierter, besonders in den letzten Jahrzehnten hat sich vieles verändert. Zahlreiche neue Zahlungsmethoden und Kreditmöglichkeiten sind dazugekommen und die Digitalisierung hat vieles verändert. „Die Anforder-

ungen an den modernen Menschen sind extrem gestiegen, er muss viel mehr wissen, um bei den täglichen finanziellen Entscheidungen die Oberhand zu haben“, sagt die WU-Professorin.

Ersichtlich ist jedenfalls auch, dass das Interesse bei jungen Menschen da ist, Jugendliche haben einen großen Hunger nach Finanzwissen: Laut dem Jugendfinanzbericht von YEP haben rund zwei Drittel der 14- bis 20-Jährigen enormen Aufholbedarf und fordern selbst mehr finanzielle Bildung.

Mehr Finanzwissen an Schulen

Ab dem Schuljahr 2023/2024 soll Finanzwissen auch an Schulen mehr Bedeutung bekommen. Ein eigenes Schulfach wird es nicht geben, das Thema soll fächerübergreifend umgesetzt werden, und zwar an Volks-, Sonder-, Mittelschulen und AHS-Unterstufen gleichermaßen. Im Mathematik-Unterricht sowie in Geografie und Wirtschaftskunde, aber auch in den lebenden Fremdsprachen soll Finanzwissen ein Thema werden. Die Professorin schlägt zusätzlich vor, Themen, die etwa in der 1. Klasse besprochen werden, in der 3. oder 4. Klasse nochmals zu wiederholen. Denn je älter die Schüler sind, desto mehr Erfahrung und Verständnis haben sie, um das komplexe Thema Finanzen auch zu begreifen.

Erfolgsstory „FiRi“ an Handelsakademien

An berufsbildenden höheren Schulen gibt es seit 2005 ein Vorzeigeprojekt, das sich FiRi nennt. Finanz- und Risikomanagement (FiRi) ist eine Spezialisierung an Handelsakademien, die mittlerweile in fünf Bundesländern, darunter auch Niederösterreich, angeboten wird. An drei HAKs, nämlich Zwettl, Wiener Neustadt und St. Pölten, sowie an der AULB Stockerau kön-



nen Schüler das FiRi-Zertifikat erlangen. Das hilft ihnen nicht nur im Privatleben, sondern auch im zukünftigen Job. Das zeigen zahlreiche Erfolgsstories von HAK-Absolventen und -Absolventinnen, die nach ihrem Abschluss einen guten Job ergattern können, einerseits durch

ihr Wissen, andererseits durch Kontakte, die sie durch das Zertifikat knüpfen können. Beim „WU OeNB Research Talent Award“ werden außerdem Abschlussarbeiten zu einem Geld- oder Finanzwirtschaftsthema prämiert, hier werden immer wieder auch Schüler ausgezeichnet.

Welt besser zu verstehen“

besser treffen zu können und gar ist Finanzwissen unumgänglich.



Foto: Shutterstock.com/ITTIGallery

net, die eine Arbeit im Rahmen von FiRi geschrieben haben. Auch AHS-Schüler können ihre Arbeiten einreichen.

Bettina Fuhrmann, die in der Fachjury des Awards sitzt, ist von der Qualität der Arbeiten begeistert: „Es sind oft sehr anspruchsvolle finanzwirtschaftli-

che Themen, mit denen sich die Schüler beschäftigen, etwa Finanzierungsmodelle oder Krypto-Assets.“ Es sei schön zu sehen, dass sich junge Menschen in so komplexe Themen vertiefen, sagt sie. Prämiert werden jährlich die besten Arbeiten mit 300 bis 800 Euro.



Bettina Fuhrmann ist Leiterin des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien und forscht zur Finanzbildung.

Foto: Raimo Rumpler/WU

Ein weiteres Projekt, das Finanzwissen an Schulen bringen soll, sind die Finanzbildungscoaches. „Seit gut zehn Jahren ist Finanzbildung ein Schwerpunkt an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ich habe gesehen, dass aufseiten meiner Studierenden der Wirtschaftspädagogik sehr viel Know-how da ist.“ Studierende, die kurz vor ihrem Abschluss stehen, werden nun im Rahmen einer Initiative an Wiener Schulen als Lehrkräfte für Finanzbildung eingesetzt. Auf Anfrage der Schule wird ein eigenes Konzept ausgearbeitet und ausgesuchte Inhalte werden dann unterrichtet. Der Bogen spannt sich von Einnahmen und Ausgaben bis hin zu Investitionen und Finanzierungen. Über die Website der WU können Lehrer an Wiener Schulen die Coaches anfragen. Überlegungen werden bereits getätigt, dieses Angebot auch nach Niederösterreich auszudehnen. Erste Impulse in diese Richtung gibt es bereits.

Je früher, desto besser

Es spielen aber nicht nur Schulen, sondern auch das Elternhaus eine Rolle für eine gelungene Finanzbildung, ganz

nach dem Motto: je früher, desto besser. Ein guter Umgang mit Geld, den die Eltern vorleben, färbt natürlich auch auf das Kind ab.

„Es macht Sinn, schon im Volksschulalter mit Kindern über Geld zu reden“, so Fuhrmann. Dafür gebe es viele Anknüpfungspunkte, etwa das eigene Taschengeld. „Zum Teil entwickeln Kinder schon früh fantasievolle Vorstellungen zum Geld, und man kann mit ihnen darüber reden, wofür man es ausgeben kann und worauf man aber auch verzichten muss können.“ Sobald Kinder also erste Fragen stellen, lässt sich hier einhaken.

„Finanzbildung ist aus meiner Sicht Lebensbildung. Es braucht natürlich einerseits körperliche Gesundheit für ein gelungenes Leben, aber auch finanzielle Gesundheit, denn finanzielle Probleme können krank machen“, weiß Bettina Fuhrmann.

Mehr Infos

<https://www.wu.ac.at/wipaed/uni-schule-ges/finanzbildungscoaches>

www.firi.at

Neue Regeln für Wohnbalkredite

Turbulente Zeiten für „Häuslbauer“.



Foto: Shutterstock.com/Golden_Hind

Neben steigenden Immobilienpreisen und Baukosten stehen „Häuslbauer“ im ganzen Land vor einer weiteren Herausforderung. Die neu in Kraft getretene

Kreditvergabeverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) erschwert es nämlich vielen, die notwendigen Voraussetzungen für einen Wohnkredit zu erfüllen.

Warum? Ab einem Kredit von über 50.000 Euro brauchen Kreditnehmer nun 20 Prozent Eigenmittelquote. Außerdem dürfen nicht mehr als 40 Prozent des Haushalts-Netto-Einkommens für das Abzahlen von Kreditraten aufgewendet werden und die maximale Kreditlaufzeit beträgt 35 Jahre. Diese Regelungen wurden Banken bis dato zwar bereits empfohlen, sind durch die neue Verordnung jetzt allerdings verpflichtend.

Neu: Niederösterreich bürgt für Häuslbauer

„Das Eigenheim muss weiterhin leistbar bleiben, denn Eigentum ist die beste Altersvorsorge und schützt vor Altersarmut“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner kürzlich im Zuge eines Pressegesprächs im Palais Niederösterreich in Wien. Gemeinsam mit Landesrat Martin Eichinger und den Bankenvertretern Michael Höllerer (Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien), Wolfgang Viehauser (Vorstand der HYPO NOE Landesbank) und Gerda Holzinger-Burgstaller (Vorstandsvorsitzende Erste Bank) präsentierte sie zwei konkrete Maßnahmen seitens des Landes

NÖ, zwei Lösungsansätze, die sich an die Bundesebene richten, sowie eine klare Forderung an die Finanzmarktaufsicht (FMA). Heißt im Detail: „Wir halten die neue Richtlinie der FMA für überbordend“, konkretisierte Mikl-Leitner dazu: „Viele Menschen wird dadurch die Chance auf ein Eigenheim genommen.“ Sie forderte daher die Finanzmarktaufsicht auf, „diese Verordnung, die mit 1. August in Kraft getreten ist, zu überprüfen, ob diese nicht redimensioniert werden sollte.“

Darüber hinaus werde es auch konkrete Maßnahmen seitens des Landes geben, kündigte die Landeshauptfrau weiters an. So werde man die Landsleute beim erstmaligen Eigentumserwerb mit einer Haftungsübernahme beim Eigenmittelanteil unterstützen. Zu diesem Zweck werde das Land Niederösterreich zukünftig bei der Aufbringung der Eigenmittelquote eine Haftungsübernahme von fünf Prozent anbieten, damit wird die Eigenmittelquote auf 15 Prozent reduziert. Die Haftung werde mit 30.000 Euro gedeckelt. Ziel sei hier ein Inkrafttreten mit spätestens 1. Jänner 2023.

Als zweite Maßnahme des Landes werde man die Laufzeit von Landesdarlehen für die Errichtung von Eigenheimen von derzeit 27,5 auf 34,5 Jahre ausdehnen, wenn der Wunsch seitens des Fördernehmers gegeben ist.

Mit zwei konkreten Lösungsansätzen richtete sich Mikl-Leitner an den Bund: „Wir fordern erstens die Wiedereinführung der Absetzbarkeit von Ausgaben zur Wohnraumschaffung. Denn bis 2020 konnten Ausgaben zur Wohnraumschaffung als Sonderausgabe geltend gemacht werden. Zweitens fordern wir den Entfall der Gebühren bei der Eintragung ins Grundbuch sowie der Gebühr für die Eintragung eines Pfandrechts.“

Der Weltspartag



Foto: Shutterstock.com/Alexander Limbach

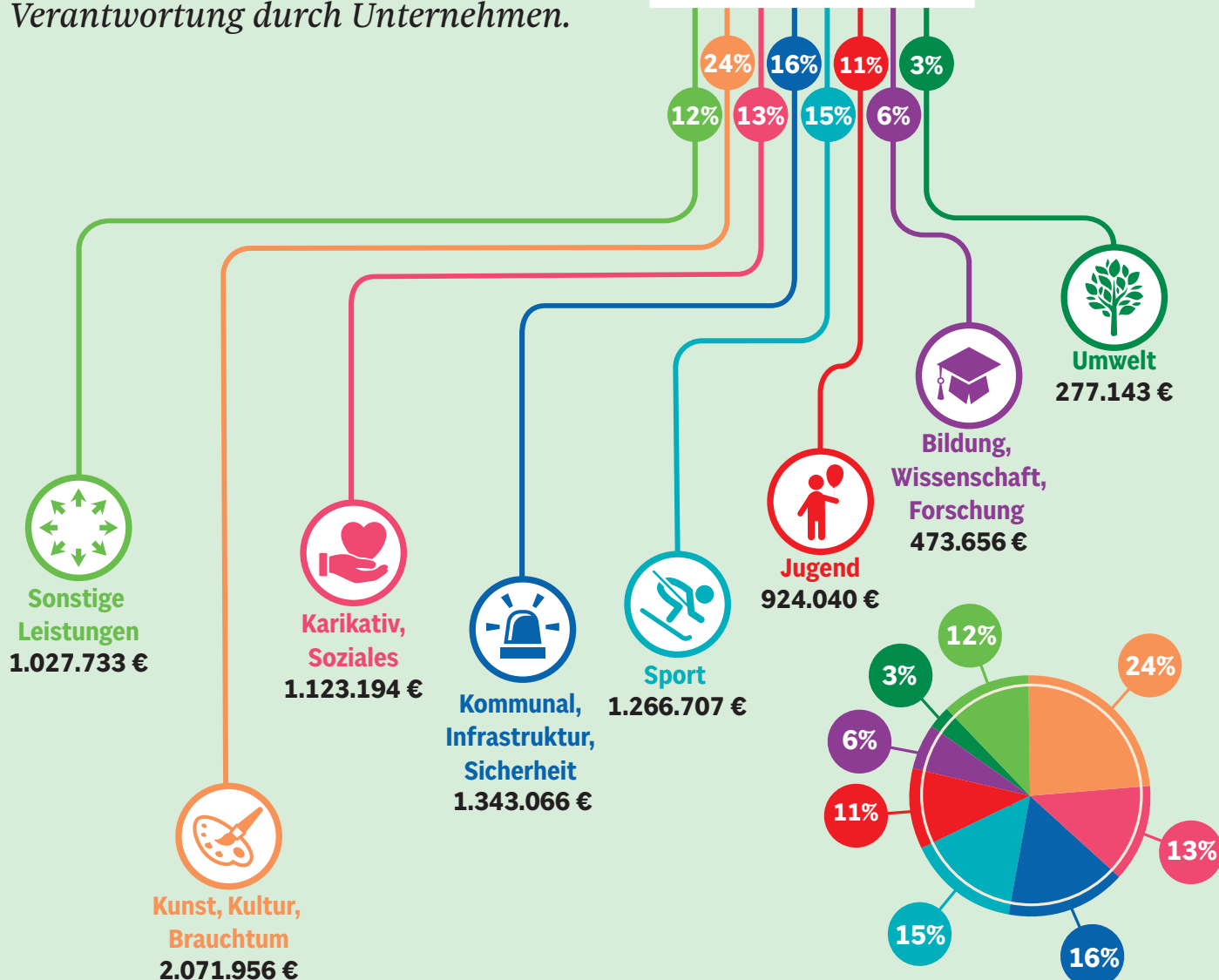
Der Weltspartag ist nicht immer am 31. Oktober: Manchmal wird der Weltspartag auf den letzten Arbeitstag davor verschoben, wenn der 31. Oktober auf das Wochenende fällt. Sinn dahinter ist ja, dass die Banken und Sparkassen geöffnet haben. Der Weltspartag wurde 1924 am Internationalen Sparkassenkon-

gress in Mailand beschlossen. Davor war das Weltsparkasseninstitut gegründet worden. Der damalige Direktor Filippo Ravizza war an der Gründung des Weltspartages beteiligt. Schon damals war es der ursprüngliche Sinn des Tages, Menschen auf der ganzen Welt den Wert des Sparens näherzubringen.

CSR-Daten 2021 der NÖ Kreditinstitute

Gesamt
8.507.496 €

CSR (Corporate Social Responsibility) ist die freiwillige Wahrnehmung sozialer und ökologischer Verantwortung durch Unternehmen.



„Der Euro ist eine

Nationalbank-Vize-Gouverneur Gottfried Haber über die Bilanz nach 20 Jahren Euro,

Von Daniel Lohninger
und Walter Fahrnberger

NÖN: Der Euro ist gerade sehr unter Druck, ist auf einem zwanzig-jährigen Tiefststand. Muss man sich Sorgen um die Stabilität der Währung machen?

Gottfried Haber: Man muss sich keine Sorgen machen. Der Euro war und ist in Summe in der gesamten Zeit seines Bestehens eine der wertstabilsten Währungen der Welt – er ist eine Erfolgsgeschichte. Die hohen Inflationsraten sind kein Euro-Problem, sondern ein Problem, das durch die Pandemie und durch geopolitische Verwerfungen entstanden ist. Mit dem Phänomen haben die Amerikaner genauso zu kämpfen wie wir in Europa und anderswo. Die Frage, wie sich das Verhältnis des Euro gegenüber dem Dollar entwickelt, ist auch eine Frage der Wirtschaftsaussichten und der Zins- und Geldpolitik. Immer, wenn die Amerikanische Notenbank weitere Zinsschritte setzt, führt das dazu, dass der Dollar ein wenig Aufwind bekommt, und wenn die Europäische Zentralbank einen Zinsschritt macht, führt das dazu, dass der Euro Aufwind bekommt. Als der Euro gestartet hat, war er auch in der Nähe einer Dollar-Parität. Der Vorteil, wenn der Euro etwas abgewertet wird, ist, dass wir konkurrenzfähiger werden auf den Exportmärkten. Das hat also positive Effekte auf die europäische Wirtschaft.

Also ist es gut, wenn der Euro weniger wert ist als der Dollar?

Haber: Für den Export ja, für den Import nein. An sich signalisiert der Wert einer Währung ein gewisses Vertrauen in diese Währung – eigentlich in den Wirtschaftsraum. Und natürlich ist Europa aufgrund der Nähe zum Russland-Ukraine-Krieg stärker betroffen als die USA. Daher wird die europäische Wirtschaft insgesamt mit größeren Unsicherheiten gesehen.



Nationalbank-Vize-Gouverneur Gottfried Haber über die Zukunft des Bargelds: „Solange die Menschen Bargeld verwenden wollen, so lange wird es Bargeld geben.“

Foto: Erich Marschik

Die Herausforderung des Euro ist, dass Europa ein sehr unterschiedlicher Wirtschaftsraum ist, in dem man mit Abwertungen aber nicht gegensteuern kann.

Haber: Eine gemeinsame Währung führt dazu, dass ich Abwertungen nicht mehr als Anpassungsinstrument habe. Das hat auch dazu geführt, dass sich die Zinssätze in den einzelnen europäischen Ländern sehr angeglichen haben. Der Vorteil ist die große Konvergenz, dass ich die Entkoppelung von Wirtschaftsräumen nicht mehr habe. Anfangs gab es ja die Idee eines Europas der zwei Geschwindigkeiten – also, dass nur Kernländer, Deutschland, Niederlande, Österreich und ein paar andere, den Euro haben. Die Realität hat

gezeigt, dass der Euro nicht nur ein Resultat von Konvergenz ist und sein muss, sondern dass eben auch eine gemeinsame Währung zu einer gewissen Konvergenz des Wirtschaftssystems in den einzelnen Ländern führt. Also es hat auch den Vorteil, dass die wirtschaftliche Integration Europas vorangeschritten ist: dass Preise vergleichbar sind, dass der Wettbewerb transparenter wird, dass Konsumentinnen und Konsumenten billigere Produkte kriegen.

Vor Wochen gab es ein Volksbegehren zur „uneingeschränkten Bargeldzahlung“, das über 530.000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet haben. Hat Sie diese große Zustimmung überrascht?

Haber: Das hat mich nicht überrascht, weil die Österreicherinnen und Österreicher diese Wahlfreiheit besonders schätzen. Wahlfreiheit heißt eben, dass es beides gibt. Bargeld als Zahlungsmittel und den unbaren Zahlungsverkehr. Üblicherweise kommt da raus, dass schon eine große Mehrheit sagt, wir wollen beides.

Also wird Bargeld in Österreich nicht verschwinden?

Haber: Ja. In Österreich haben die Menschen eine besonders hohe Affinität zum Bargeld, aber auch in ganz Europa gibt es keinen Zweifel daran, dass Bargeld als ein Zahlungsmittel jedenfalls Bestand haben wird. Es kommt auch immer wieder die Frage, wie ist denn sichergestellt, dass das Bargeld nicht abgeschafft wird? Da braucht es eine Einstimmigkeit in der Europäischen Union dafür. Die wird es nicht geben. Solange die Menschen Bargeld verwenden wollen, und das wollen sie, so lange wird es Bargeld geben.

Warum glauben Sie, dass das Bargeld für viele Menschen einen so hohen Stellenwert hat?

Haber: Ich glaube, das sind kulturelle, traditionelle Fragestellungen, aber auch psychologische Faktoren. Wenn wir digitale Dienstleistungen in einem digitalen Raum kaufen, ist das natürlich kein Anwendungsfall für Bargeld. Auch die Pandemie hat dazu geführt, dass es mehr Versandhandel gibt – die Zahl der Bargeldzahlungen ist aber quasi gleich geblieben. Das, was an Transaktionen dazugekommen ist, war dann sehr stark bargeldlos. Das heißt, der Anteil von Bargeldzahlungen hat sich reduziert, aber das Volumen an Bargeldzahlungen nicht.

Zur Inflation: Die Belastung für die Bevölkerung wird immer größer. Wo kann die Notenbank hier eingreifen?

Erfolgsgeschichte“

die Zukunft von Bargeld und die Maßnahmen gegen die hohe Inflation.

Haber: Die Geldwirtschaft ist eine Kernaufgabe der Notenbanken. Die Notenbanken haben den Hebel, indem sie die Geldmenge steuern. Das machen sie, indem sie die Leitzinssätze festsetzen. Das ist das, was uns auch in der öffentlichen Diskussion beschäftigt. Die EZB hat ja bereits die Leitzinssätze in verschiedenen Schritten erhöht, zuletzt um 0,75 Prozentpunkte. Sie hat angekündigt, auch weiterhin konsequent Schritte zu setzen, solange sich die Inflation nicht in Richtung des Zielwertes von zwei Prozent stabilisiert hat. Man muss aber dazu sagen, dass die derzeit hohe Inflation durch importierte Inflation begonnen hat. Es sind Energiepreise, Nahrungsmittelpreise vor allem durch das, was sich in der Ukraine abspielt, gestiegen. Mittlerweile kommt die Inflation aber auch breiter in der Wirtschaft an, es gibt auch inländische Inflation. Man muss aber bedenken, dass ein Schritt der Notenbank erst zwölf bis achtzehn Monate später Wirkung zeigt. Daher darf man auch nicht hoffen, dass die Inflation morgen vorbei ist, egal, was die EZB macht.

In Österreich versucht die Regierung, in erster Linie mit Finanzhil-

fen gegenzusteuern. Ist das eine richtige Vorgehensweise – zumal das ja die Inflation sogar noch befeuern könnte?

Haber: Wenn importierte Inflation da ist, heißt das, dass wir alle leider real ärmer werden. Da hat weder die Notenbank noch eine Regierung die Möglichkeit, diesen Schaden vollkommen ungeschehen zu machen. Was Regierungen, Nationalstaaten oder auch eine Europäische Union manchen können, ist: Man kann versuchen zu verhindern, dass diese Inflation zu sozialpolitischen Problemen führt. Man kann versuchen, den Schaden dort zu lindern, wo er besonders wehtut. Da ist es wichtig, dass alle Staaten die richtige Balance finden. Die Maßnahmen sollen zielgerichtet sein, vorübergehend sein und sie sollen das Preisgefüge nicht zu stark stören.

Das heißt, eine Steuersenkung wäre keine adäquate Maßnahme?

Haber: Die richtige Skalierung zu finden ist sehr schwer. Wenn man punktuell unterstützt und insgesamt damit nicht allzu viel zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpt, noch dazu auf Schulden, kann man die Verteilungsproblematik und die soziale Problematik adressie-

ren. Wenn man zu stark auf das Gießkannen-Prinzip setzt, bekommen die Menschen zwar mehr Geld, aber man erhöht damit auch die Inflation. Man würde damit Öl ins Feuer gießen.

Gießt Österreich Öl ins Feuer?

Haber: Die Einschätzung der internationalen Institutionen ist, dass Österreich bei diesen drei Kriterien „zielgerichtet, vorübergehend/befristet und nicht verzerrend bei den Preisen“ die Skalierung relativ gut erwischt. Aber ich glaube, in allen Ländern dieser Welt haben wir das Problem, dass es extrem schwierig ist, genau diesen richtigen Punkt zu finden.

In den letzten Jahren sind Kryptowährungen populärer geworden. Ist das eine Entwicklung, die Zukunft hat?

Haber: Beim Wort „Kryptowährungen“ bekommen Notenbanker Gänsehaut. Das sind keine Währungen. Wir sagen deshalb Krypto-Assets dazu, weil wir damit auch klarmachen wollen, dass sie nicht wie Währungen wie der Dollar oder Euro Wertstabilität haben und man damit etwas bezahlen kann. Krypto-Assets haben enorme Wertschwankungen und sind daher

als Zahlungsmittel nicht geeignet. Es sind Wertanlagen, die ihren Wert allerdings ausschließlich daraus beziehen, dass jemand sagt, das ist Geld. Im Unterschied zu Währungen, bei denen das Gesetz sicherstellt, dass man sie als Zahlungsmittel verwenden kann.

Was wäre Ihrer Meinung nach aktuell die beste Veranlagungsform?

Haber: Es ist im Moment sehr schwierig, weil in Zeiten steigender Zinssätze Anleihen in der Regel eher Kursverluste aufweisen. Wenn man auf der anderen Seite in Aktien geht, gibt es gerade jetzt auch gewisse Risiken. In Zeiten der Unsicherheit, wo wir aus einer Pandemie herauskommen, erfreut sich Gold einer sehr hohen Beliebtheit als Sicherheitsreserve. Da ist aber die Frage, ob der richtige Zeitpunkt ist, um jetzt einzusteigen oder ob der Wert schon sehr hoch ist und sinken wird. Im Moment ist es tatsächlich nicht leicht zu veranlagen. Aber auch hier gilt: Für jeden wird eine andere Veranlagungsform oder besser gesagt ein Mix aus Veranlagungsformen das Richtige sein. Das hängt auch davon, wann und ob man das veranlagte Geld braucht.

„Red ma übern Euro!“

Vor 20 Jahren wurde am 1. Jänner 2002 in zwölf EU-Mitgliedstaaten das Euro-Bargeld eingeführt. Ein historischer Moment und der Abschluss eines gewaltigen Projektes.

Doch der Euro wird immer noch unterschiedlich wahrgenommen. Grund genug für die Oesterreichische Nationalbank in Kooperation mit den Niederösterreichischen Nachrichten im Rahmen des Nationalbank-Forums „Red ma übern Euro!“ darüber zu diskutieren. OeNB-Vize-Gouverneur Gottfried Haber stand den beiden NÖN-Chef-

redakteuren Daniel Lohninger und Walter Fahrnberger (beide führten mit dem Finanzexperten auch obiges Interview) und dem Publikum Rede und Antwort. Themen waren unter anderem der Stellenwert des Bargeldes im Alltag, die aktuellen Preissteigerungen, der Trend zum digitalen Bezahlen und die Vertrauenswürdigkeit von Krypto-Assets wie Bitcoin und Co.

Weitere spannende Informationen zum Thema wie „Vorteile des Euro“ und „Der Euro in Zahlen“ findet man auf www.euroat20.at

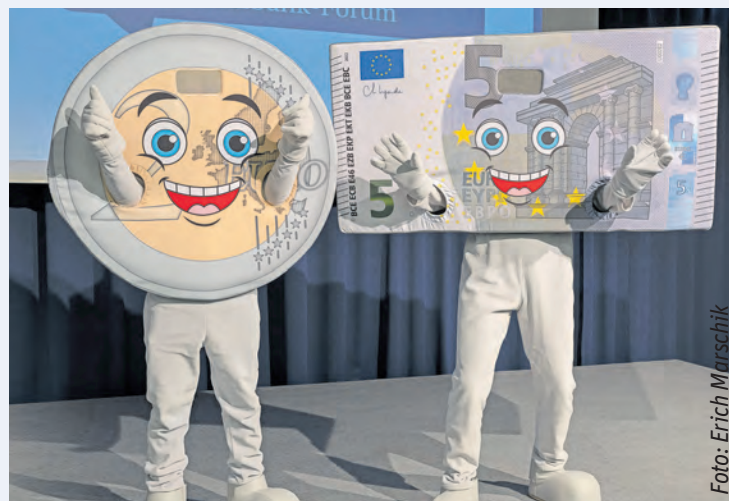


Foto: Erich Marschik



Ein Tag, 7.000 Schäden,



Stefan Jauk: „Die Thematik der Unwetterereignisse ist natürlich sehr brennend für uns als Versicherer.“
Foto: Philipp Monihart

Sowohl die Anzahl als auch die Intensität der Naturkatastrophen sind kontinuierlich im Steigen.

Von Thomas Vogelleitner

Starkregen, Hagel, Hochwasser, Sturm ... Die Zahl der Naturkatastrophen nimmt kontinuierlich zu, leider auch bei uns in Österreich. Der Klimawandel ist laut einem Bericht der UNO hauptverantwortlich dafür, dass sich die Zahl der Naturkatastro-

phen seit dem Jahr 2000 verdoppelt hat.

Stefan Jauk, NV-Generaldirektor und Fachvertretungsvorsitzender der Versicherungsunternehmen Niederösterreich, sagt dazu: „Die Klimaerwärmung hat auch den Effekt, dass nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die Intensität der Ereignisse immer mehr steigt. Das größte Schadenereignis in Niederösterreich in den vergangenen zehn Jahren war jenes am 24. Juni 2021 speziell im Wald- und Weinviertel, das allein für die NV rund 7.000 Schäden in der Höhe von über 70 Millionen Euro zur Folge hatte. Das war

beispiellos in der Geschichte unseres Hauses.“

Jauk betont: „Die niederösterreichischen Versicherungen sind jedoch bestens vorbereitet, Schäden aus Extremwetterereignissen schnell und kompetent abzuwickeln.“ Um die Versicherbarkeit von Naturgefahren in Zukunft allerdings flächendeckend zu gewährleisten und die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen zu können, bedürfte es dringend noch weiterer politischer Schritte. „Die Politik muss sicherstellen, dass es – wie in vielen anderen Ländern – geeignete Vorschriften gibt, die eine entspre-



70 Millionen Euro

chend große Risikostreuung für die österreichischen Versicherer ermöglichen.“ Dies könne beispielsweise durch die gesetzlich verpflichtende Integration der Naturkatastrophendeckung in die bestehende Feuerversicherung – wie beispielsweise in Belgien – realisiert werden. „Dann können Versicherungsprodukte gegen Naturgefahren auch in Zukunft zu einem für den Kunden leistbaren Preis angeboten werden.“

Zum anderen ist aber auch jeder Einzelne gefordert: „Je besser die Präventionsmaßnahmen sind, desto geringer ist das Schadensausmaß im Einzelfall. Darü-

ber hinaus kann ich nur jedem Kunden raten, mit seinem Versicherungsberater in Kontakt zu bleiben, um die entsprechenden Versicherungsdeckungen immer up to date zu halten. So schützt man sich am besten!“

Studie: Angst vor Feuer ist größer

Laut einer Studie der Vereinigung Österreichischer Landesversicherer (durchgeführt vom Linzer Market Institut) fühlt sich die Hälfte der Menschen in Österreich vom Klimawandel bedroht. Und: Zwei von drei Österreicherinnen und Österreichern

fühlen sich gegen die Naturereignisse finanziell gut abgesichert. Spannend dabei ist, dass trotz der Wahrnehmung sich häufender Naturkatastrophen wie Stürme, Hagel oder Überschwemmungen die Angst vor Feuer bzw. einem Brand bei den Österreicherinnen und Österreichern nach wie vor am präsentesten ist. Hier ortet NV-Generaldirektor Stefan Jauk ein über Jahrzehnte gewachsenes Bewusstsein: „Wir Landesversicherer wurden ursprünglich ins Leben gerufen, um die Opfer von Bränden vor Armut zu schützen.“

Im Rahmen der Studie wurde

auch gefragt, ob Herr und Frau Österreicher über die Leistungen des Katastrophenfonds des Bundes informiert sind. Knapp 70 Prozent der Befragten wissen korrekterweise, dass im Fall von Katastrophenschäden nur ein Teil des Schadens gedeckt ist.

Abschließend: Kosten für Katastrophenschäden können steuerlich als außergewöhnliche Belastung in der Einkommensteuererklärung oder in der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden. Gibt es Schäden in Betrieben, sind diese grundsätzlich als Betriebsausgabe abzugsfähig.

Jetzt Abo zum Sonderpreis sichern und mit etwas Glück wertvolle Preise gewinnen!

**NÖN abonnieren
und Auto gewinnen:
050/8021-1802
oder unter
NÖN.at/100preise**



 **HYUNDAI**
JUBILÄUMSMODELL 

**30 Jahre Hyundai in Österreich –
Jetzt einen Hyundai KONA Elektro
mit attraktiver Ausstattung im
Wert von 39.990 Euro gewinnen!**



NÖN ist Vielfalt.

*Verlosung im Jänner 2023

  **NÖN.at**

FOTO: HYUNDAI
SYMBOLFOTO

Den Lebensstandard im Alter sichern

„Die betriebliche Altersvorsorge (Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen) bietet die ideale Möglichkeit, um die kommende Pension entsprechend genießen zu können“, weiß Karin Schlemaier, Vorsitzende der Fachvertretung der Pensions- und Vorsorgekassen in der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

In Österreich ist die Altersvorsorge auf drei Säulen aufgebaut: auf der gesetzlichen/staatlichen Pension (erste Säule), der kollektiven betrieblichen Pensionsvorsorge (zweite Säule) und der privaten Pensionsvorsorge (dritte Säule). Die erste Säule ist mit über 90 Prozent im internationalen Vergleich überproportional groß – ein stabiles System sollte aber diversifizieren und das Fundament auf drei starken Säulen aufbauen.

„Die zweite Säule der Altersvorsorge in Österreich besteht im Wesentlichen aus den Pensionskassen und den Betrieblichen Vorsorgekassen, sie ergänzt die staatliche Pension und sichert den Lebensstandard im Alter“, erklärt Karin Schlemaier, Vorsitzende der Fachvertretung der Pensions- und Vorsorgekassen in der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Ein sicheres Einkommen im Alter und somit auch eine positive Entwicklung der Pension wird immer wichtiger. Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich an, und die Pensionisten brauchen wegen der Lücke zwischen Letztbezug im Beruf und Pension immer öfter ein zusätzliches Einkommen, um den Lebensstandard halten zu können, den sie während der Erwerbstätigkeit erreicht haben. „Die betriebliche Altersvorsorge (Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen) bietet die ideale Möglichkeit, um die werdende Pension entsprechend genießen zu können“, so die Expertin,

Bei **Pensionskassen** zahlen Arbeitgeber aufgrund eines freiwillig abgeschlossenen Pensionskassenvertrages monatlich Bei-



Karin Schlemaier, Vorsitzende der Fachvertretung der Pensions- und Vorsorgekassen in der Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Foto: zVg

träge für ihre Arbeitnehmer ein. Die Beschäftigten können zusätzlich ebenfalls freiwillig in die Pensionskasse einzahlen. Die Beiträge werden veranlagt und ab Pensionsantritt als lebenslange Zusatzpension ausbezahlt.

Bei einer Betriebspension durch eine Pensionskasse wird die Pension während der Berufstätigkeit des jeweiligen Arbeitnehmers finanziert. Nach Pensionsantritt übernimmt die Pensionskasse die Auszahlung der lebenslangen Zusatzpension. Das bringt eine hohe Sicherheit für die Berechtigten, weil Pensionen unabhängig vom wirtschaftlichen Schicksal des Betriebes ausbezahlt werden und weder das Unternehmen noch die Pensionskasse Zugriff auf das angesammelte Kapital haben. Die Pension ist auch des-



Foto: Shutterstock.com/Joachim Wendler

halb sicher, weil sie nicht davon abhängig ist, ob nachfolgende Generationen von Arbeitnehmern mit ihren Beiträgen die Finanzierung ermöglichen.

In die **Betrieblichen Vorsorgekassen** werden monatlich von den Arbeitgebern 1,53 Prozent der Bruttolohnsumme einbezahlt. Sie bilden somit eine wichtige Säule als Ergänzung zur staatlichen Pension.

Im Gegensatz zum früheren System, bei dem die Abfertigung im Unternehmen selbst angespart werden musste, werden die Beiträge im Rahmen der Ab-

fertigung Neu in eine Betriebliche Vorsorgekasse eingezahlt. Damit ist die Sicherheit der angelegten Gelder jedenfalls gewährleistet – durch die Kapitalgarantie gehen Vorsorgebeiträge nicht verloren. So behalten auch Arbeitnehmer, die ihren Job häufig wechseln, ihren (Abfertigungs)-Anspruch.

Bei Pensionsantritt wird das angesammelte Guthaben als einmalige Kapitalabfindung oder monatlich als steuerfreie Rente lebenslang ausbezahlt, wenn es in eine Pensionskasse oder eine Pensionszusatzversicherung übertragen wird.



**ZUKUNFT GESTALTEN.
WIR SCHAFFEN DAS.**

Öko Fonds^{plus}
Die nachhaltige Vorsorge
mit allen Stärken einer fonds-
gebundenen Lebensversicherung.

- Nutzt die Chancen zukunftsverträglicher Investments
- Mittel- und langfristiger Kapitalaufbau
- Flexibel und transparent



Das Basisinformationsblatt
finden Sie auf unserer Website.

www.nv.at



Die Niederösterreichische
Versicherung

Wir schaffen das.